

# Vier Jahre Offene Arbeit und Sozialraumangebote in Hamburg

## Rückblick auf eine Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises SHA-Praxis des VKJH

von Manuel Essberger

„Wie gelingt es uns, die Offene Arbeit mehr auf die Schiene der SHA-Programmatik (1) zu bringen als bisher“, fragte zu Beginn der Veranstaltung am 11. April in der MOTTE Joachim Gerbing vom VKJH und wies auf den in den meisten Bezirken noch immer geringen Anteil offener Einrichtungen (2) hin, die sich an diesem Programm direkt beteiligen. Obwohl gerade ihnen die in dem SHA-Programm geforderte Offenheit, die Niedrigschwelligkeit und der Sozialraumbezug als Teil der eigenen Qualitätsstandards traditionell vertraut sind und sie diese Arbeitsweisen i.d.R. routiniert und professionell im eigenen Berufsalltag umsetzen.

Ist es die Angst vor zu großer Nähe zum Jugendamt und zum ASD, der neben seinen Beratungs- und Hilfgewährungsaufgaben auch als eine Art „jugendpolitische Kontroll- und Ordnungsmacht“ handeln muss? Ist es die Befürchtung der KollegInnen, von den Menschen dann nicht mehr als behördenunabhängig – und für sie parteilich – wahrgenommen zu werden? Oder sind es gar nicht so sehr die offenen Einrichtungen selber, sondern v.a. die kommunalen Verwaltungsakteure, die sich in ihrer Trägerswahl – da es ja auch um „Hilfen“ und „Fallarbeit“ geht – anfangs lieber auf die *Hilfen zur Erziehung* bezogen als auf die offenen Stadtteileinrichtungen? Um diese Fragen mit Kolleg\_innen der *Offenen Arbeit* und aus der bezirklichen und fachbehördlichen Verwaltung zu erörtern, hatten der Arbeitskreis SHA-Praxis und der VKJH zur Diskussion in die MOTTE geladen. (3) Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Tilman Lutz, als Gäste einge-

laden waren Holger Requardt (Jugendamt Eimsbüttel), Ronald Claus (Bezirk Mitte), Gabi Spieker und Kirsten Holert (Landesbehörde BASFI).

Diskutiert wurde auf Grundlage von vier Thesen des AK SHA-Praxis, die Joachim Gerbing (VKJH) zu Beginn der Veranstaltung vorstellte:



**These 1:** Die im SHA-Programm vorgesehene Verbindung von individuellen problemlösenden Leistungen der Jugendhilfe mit offenen Angeboten im Sozialraum hat sich insgesamt grundsätzlich bewährt und für viele NutzerInnen zu einer besseren und selbstbestimmteren Erreichbarkeit der Jugendhilfe geführt.

Im Zuge einer sozialräumlichen Weiterentwicklung sollen laut Globalrichtlinie infrastrukturelle und Einzelfalleleistungen so miteinander verknüpft werden, dass daraus eine „neue Qualität“ entsteht. Diese grundsätzlich positive – sowohl auf die infrastrukturellen als auch einzelfallwirksamen Angebote bezogene – Ausrichtung „leidet“ aber aktuell z.T. noch daran, dass es eine fachliche „Überfokussierung“ auf den Bereich der Einzelfalleleistungen gibt und Zuwendungen manchmal unter der Maßgabe stehen, damit überwiegend bis ausschließlich „Verbindliche Hilfen“ zu gewährleisten. Vielfach bleibt darüber hinaus offen, nach welchen Kriterien SHA-Angebote an Träger vergeben werden. Eine besondere Rolle spielen hier noch die in einigen Bezirken komplett umgesteuerten offenen Einrichtungen, in denen es zumindest teilweise zu einer Reduktion der infrastrukturellen Angebotspalette gekommen ist.

Bedingung für die besondere Wirksamkeit von Sozialraumangeboten ist, dass sie nicht isoliert, sondern aus infrastrukturell angesiedelten, im Sozialraum präsenten, offenen und gut erreichbaren *Orten der verlässlichen Begegnung* heraus angeboten werden und dort von den Menschen

Die Grundfinanzierung der Einrichtung, aus der heraus SHA angeboten wird, muss gesichert sein, „damit das Ganze funktionieren kann“.

eigenmächtig erreicht werden können. Bei der Vergabe von Zuwendungen ist die infrastrukturelle Ebene gleichermaßen mitzudenken. Angebote müssen so beschaffen sein, dass sie den jeweiligen Bedingungen im Sozialraum Rechnung tragen. Hier wäre darüber nachzudenken, wie es gelingen kann, Fachkräfte und Nutzer\_innen vor Ort bereits in die Angebotsplanung einzubeziehen.

**These 2:** Eine wichtige Gelingensbedingung besteht in einer guten, verlässlichen und von allen Beteiligten gewollten Zusammenarbeit zwischen ASD und Träger/Einrichtung auf Augenhöhe. Diese ist bisher noch nicht überall in gleichem Maße gegeben.

Die derzeitige Praxis stellt sich hier sehr unterschiedlich dar und variiert nicht nur von Bezirk zu Bezirk, sondern teilweise auch innerhalb eines Bezirkes. So gibt es auf der einen Seite Beispiele für eine gute und inzwischen routinisierte Kommunikation, die die Menschen und deren Zielbeschreibung der Hilfen mit einbezieht, auf der anderen aber auch Beispiele einer fehlenden oder zumindest stark entwicklungsbedürftigen Kommunikationskultur bis hin zu einer „Anordnungskultur“ durch einzelne ASD-Abteilungen. Offene Einrichtungen stehen hier vor einem Dilemma: Es existieren – sowohl auf Seiten der Träger als auch des ASD und bedingt durch eher geringe fachliche Berührungspunkte in der Vergangenheit – kaum Erfahrungen mit und über fachliche Haltungen, Arbeitsweisen und Kompetenzen des jeweiligen Gegenübers. Dies ist für Einrichtungen insofern problematisch, als immer wieder die Erfahrung gemacht wird, dass ASD-MitarbeiterInnen Menschen doch lieber an die klassischen HzE-Träger abgeben, denen eher zugetraut wird, mit intensiven Problemlagen arbeiten zu können.

Aus Sicht der Offenen Arbeit bedarf es weiterer Anstrengungen zur Verbesserung des Informationsaustausches. Gute Erfahrungen gibt es mit der Einrichtung bezirklicher Gremien mit der Aufgabe eines fachlichen Austausches über gemeinsame Umsetzungsebenen und Handlungsweisen und der Verständigung über gemeinsame Ziele ebenso wie mit gegenseitigen Hospitationen.

**These 3:** Die Definition einer „Verbindlichen Hilfe“ – bezogen auf Zeit, Aufwand und Intensität – wird bisher bezirklich und regional sehr unterschiedlich gehandhabt. Die Orientierung an möglichst hohen Zielzahlen führt nicht zu einer verbesserten Qualität der Angebote.

Die OKJA stellt, gemessen an den HzE, mit „minimalen Mitteln unheimlich viel kreativ auf die Beine“.

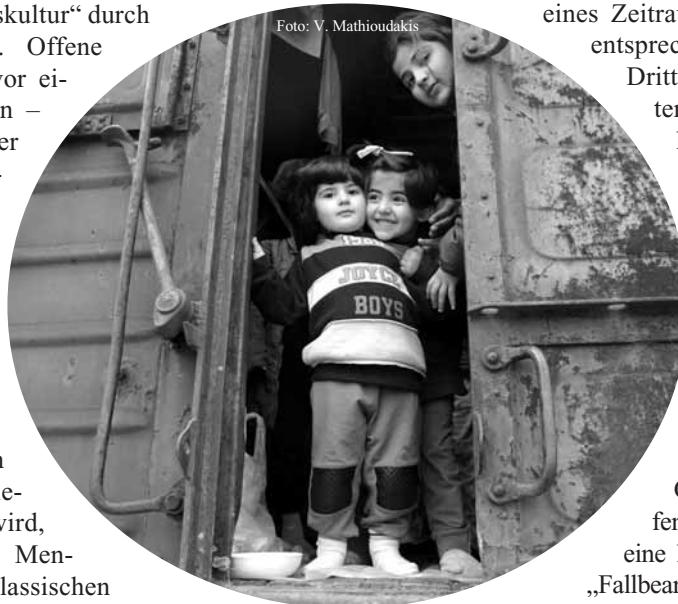
Ausgehend von der Annahme, dass es für ein sozialräumliches Programm, das laut Globalrichtlinie explizit die Aufgabe hat, dazu beizutragen, dass „jugendamtliches Handeln nicht erforderlich wird“, ein positives Merkmal darstellt, wenn es von vielen Menschen genutzt wird, ohne diese „zu Fällen zu machen“, erscheint die Festlegung auf die Anzahl erreichter „Verbindlicher Hilfen“ als dem zentralen Qualitätsmerkmal und Steuerungsinstrument (je mehr geleistete VHs, desto größer der „Erfolg“) wenig hilfreich. Auch die Festlegung, welche Form der Intervention als Verbindliche Hilfe oder aber z.B. als Nutzung gewertet wird, differiert von Bezirk zu Bezirk stark. Es gibt Angebote, die, in Abstimmung mit „ihrem“ jeweiligen Jugendamt, eine VH dann als gegeben sehen, wenn es zu einem zweimaligen Beratungskontakt gekommen ist, bei anderen ist das Kriterium VH dann erfüllt, wenn es innerhalb

eines Zeitraumes von drei Monaten fünf entsprechende Kontakte gegeben hat; Dritte führen auch intensivste Unterstützungsleistungen möglichst lange als Nutzungen, auch um den Dokumentationsaufwand in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

Statt weiterhin auf einen „VH-Sammelmechanismus“ zu setzen, erscheint es aus Sicht der Offenen Arbeit sinnvoller, den Fokus auf die Qualität der „Verbindlichen Hilfen“ und der Nutzungen sowie auf eine hohe Flexibilität der jeweiligen „Fallbearbeitung“ zu legen.

**These 4:** Grundlage sozialräumlicher Hilfen ist eine gute, gesicherte und stabile Basisausstattung sozialer Infrastruktur – insbesondere der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung.

Wesentliches Merkmal einer gelingenden sozialräumlichen Weiterentwicklung sind offene Orte, die sowohl einladend gestaltet als auch so strukturiert sind, dass sie NutzerInnen einen zwanglosen und offenen Austausch ermöglichen, aber auch geeignet sind, intensivste Unterstützungsleistungen anbieten und umsetzen zu können. Solche Orte sollten so geschaffen sein, dass sie den Menschen im Sinne einer „Selbstaneignung“ zur eigenständigen Nutzung zur Verfügung stehen können. Eine solche Infrastruktur findet sich vielerorts bereits in Form von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförde-



Die Kooperation zwischen OKJA und ASD hat sich mit den SHA-Angeboten gut entwickelt, diese fungieren als „Klammer der verschiedenen Säulen“.

rung, in Form von Kinder- und Familienzentren, Beratungseinrichtungen, Bau- und Abenteuerspielplätzen oder Jugendclubs.

Durch ihre bewusst niedrigschwellig und nicht problemorientiert angelegten unterschiedlichsten Zugangswege, eine entsprechende „Willkommenskultur“ sowie einen hohen Bekanntheitsgrad im jeweiligen Stadtteil verfügen sie über hervorragende Voraussetzungen, um auch Menschen zu erreichen, die es aus unterschiedlichen Gründen bisher vermieden haben, sich bei einem entsprechenden Bedarf z.B. an den ASD zu wenden. Die Möglichkeit, dort auf Menschen aus ähnlichen Verhältnissen zu treffen, sich mit ihnen auszutauschen und gemeinsam auf den Weg machen zu können, stellt bereits eine wesentliche Gelingensbedingung für positive Entwicklungen im persönlichen wie familiären Bereich dar und erleichtert und verbessert den Zugang auch zu intensiveren Unterstützungsleistungen. Eine solche, im Stadtteil bekannte und sich mit ihm entwickelnde und verändernde Arbeit in einem offenen Kontext ist von daher grundsätzlich besser geeignet zur Veränderung der Lage, als dies in Form isoliert arbeitender Einzelhilfen jemals der Fall sein kann.

Notwendig zur Wahrnehmung einer solchen Aufgabe ist eine entsprechende Ausstattung der jeweiligen Infrastruktur-Einrichtung mit Ressourcen im Sinne von Personal- und finanziellen Mitteln, aber auch den notwendigen Zeitressourcen für Planung, Evaluation und Reflexion. Dies betrifft nicht nur den SHA-Bereich. Hamburg baut pro Jahr mehrere Tausend neue Wohnungen und schafft neue Wohnquartiere: Hier wäre grundsätzlich – z.B. anknüpfend an in der Vergangenheit existierende Regelungen – über einen bereits auf der Ebene der Planungen festgeschriebenen Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur nachzudenken.

### „Ohne OKJA würde SHA gar nicht gehen“

In der anschließenden Diskussion stimmte Holger Requardt (Jugendamt Eimsbüttel) den vier Thesen insgesamt ausdrücklich zu. Er räumte ein, man könne seitens der Ver-

waltung bezogen auf die Angebotsgestaltung „mehr Transparenz walten lassen“ als bisher, damit die Planungen „besser aus der Burg Bezirksamt herausdringen“. Ohne die offenen Stadtteileinrichtungen „würde SHA gar nicht gehen“. Diese seien bei den Menschen als verlässliche Orte positiv besetzt, darauf sei man als Jugendamt angewiesen. Die Offenen Einrichtungen im Bezirk haben sich, so Requardt, für neue Bereiche geöffnet und positiv weiterentwickelt, man verstehe dort inzwischen auch „den Job des ASD“ besser. Beigetragen zu der Verbindung und Offenheit haben auch die gemeinsamen Gremien. Das Programm sei, zumindest in Eimsbüttel, unterm Strich „eine Erfolgsgeschichte“. Keine Seite sperre sich mehr, fast in jeder ASD-Abteilung in Eimsbüttel gäbe es inzwischen große Bereitschaft, mit den SHA-Projekten und den offenen Einrichtungen zu kooperieren, die oft geforderte „Augenhöhe“ zwischen den Beteiligten sei „inzwischen in Sicht“.

Ein Problem sei die oft knappe Personalstruktur der Angebote, bei Ausfällen oder Mitarbeiterfluktuation gehe oft eine lange Aufbauphase verloren. Die Grundfinanzierung der Einrichtung, aus der heraus SHA angeboten wird, müsse gesichert sein, „damit das Ganze funktionieren kann“. Besser sei, auf „das Gesamte“ zu gucken, „nicht nur auf einzelne Finanzierungstöpfe“. Nach seinen Erwartungen an die Träger der Kinder- und Jugendarbeit gefragt, riet Requardt, deren Offenheit solle bestehen bleiben und sich weiterentwickeln, mit anderen Bereichen solle zusammengearbeitet werden und es könne für kleine Träger sinnvoll sein, über Zusammenschlüsse nachzudenken. Die OKJA stelle mit, gemessen an den HZE, „minimalen Mitteln unheimlich viel kreativ auf die Beine“. Manchmal wünsche er sich, „man hätte ein gemeinsames Budget“. In Richtung BASFI plädierte er für eine „Entsäulung der Referate“ und für aktiven „Reformeißer“ für die OKJA.

### SHA als Arbeitsprinzip

Ronald Claus vom Jugendamt Mitte äußerte sich ähnlich positiv: Die Kooperation zwischen OKJA und ASD habe sich mit den SHA-Angeboten gut entwickelt, diese fungieren auch als „Klammer der verschiedenen Säulen“. Das könne allerdings nur funktionieren, wenn „unsere Partner, OKJA und Familienförderung, so abgesichert und ausgestattet sind, wie wir sie brauchen“. Um als wichtiges und zeitgemäßes Arbeitsfeld in Politik und Öffentlichkeit aus-





reichend gesehen und gewürdigt zu werden, brauche die OKJA „peppige Diskussionen – was macht uns aus, was sind unsere Ziele“.

SHA sei, so Claus, kein eigener Leistungsbereich, „es gibt keine SHA-Träger“, sondern vielmehr ein Arbeitsprinzip. Und zwar eins, das in der OKJA nicht unbekannt sei: „niedrigschwellig, partizipativ, offen, parteilich!“ Man brauche in den Regionen mehr gemeinsame Gremien „für gemeinsame kollegiale Beratung und gemeinsames Fallverstehen“. An die anwesenden KollegInnen gewandt plädierte er dafür, das Gute und Besondere der OKJA beizubehalten und sich trotzdem weiterzuentwickeln: „Ihr arbeitet sowieso viel auch mit Einzelnen, und auch mit Problemen. Jetzt macht ihr das mit SHA weiter, nur etwas strukturierter, etwas mehr mit Kooperationspartnern zusammen.“ Bei den „Verbindlichen Hilfen“ gehe es um Qualität, man solle deshalb viel mehr über die Formulierung von Qualitätszielen nachdenken als über die Festlegung von „Zielzahlen“. Von ihm aus könne man auf die VH auch „völlig verzichten“, interessanter sei es, mit den Trägern die Qualität zu besprechen. Das sei nicht einfach, aber „ein spannender Prozess“.

Auch Kirsten Holert, in der Sozialbehörde BASFI für die Umsetzung der SHA zuständig, äußerte großes Interesse, das Thema Qualität – und entsprechende Kriterien – weiter zu diskutieren und diese „besser abzubilden“. Die Globalrichtlinie „Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe“ werde demnächst überarbeitet, v.a. auch bezüglich der „Verbindlichen Hilfen“. Es gehe dabei weniger um Regulierung und eine festgelegte Struktur (wie bspw. bei den HzE), als vielmehr um ein Arbeitsprinzip, das – auch – eine gute Zusammenarbeit mit dem ASD beinhalte. Die Kinder- und Jugendarbeit soll bei den Sozialraumangeboten weiter „gut dabei sein“, dort mache man „viele gute Sachen“, die aber bisher leider in der Öffentlichkeit und der Politik „noch nicht immer so sichtbar sind, wie sie es sein könnten“.

Gabi Spieker (BASFI) erklärte, dass es auch bei ihnen im Haus Säulen gäbe. „Es gibt nicht eine Stelle, die plant, im

Das kann nur funktionieren, wenn „unsere Partner, OKJA und Familienförderung, so abgesichert und ausgestattet sind, wie wir sie brauchen“.

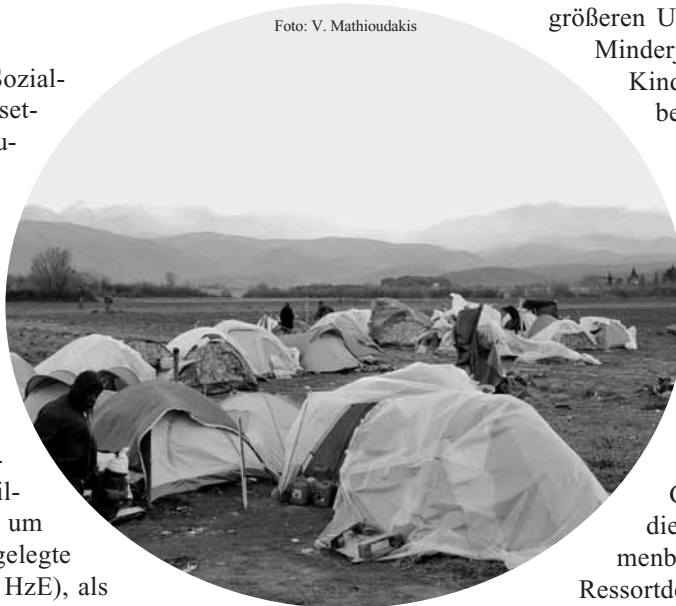


Foto: V. Mathioudakis

Hintergrund von Entscheidungen stehen immer politische Bereitschaften, die ggf. mit Ressourcen verbunden sind.“ So seien die Einführung der SHA und die parallel dazu getroffenen Kürzungsentscheidungen im OKJA-Bereich unabhängig voneinander erfolgt. „Wir fanden das für SHA fürchterlich unglücklich.“ OKJA-Träger seien „besonders stark in der Gestaltung offener Räume“, das fachbehördliche Interesse an SHA sei deshalb gewesen, „dass Leute nicht von ‚ihren Orten‘ an Einzelhilfen weitergeschickt werden müssen“. VH bedeute Verbindlichkeitserwartungen an die Träger, nicht an die Familien. Es gehe in einer guten Jugendhilfe nicht mehr darum, „was kann der Träger, sondern: was braucht die Familie“.

### Sozialraumintegration geflüchteter Minderjähriger

Die BASFI arbeitet, so Gabi Spieker, derzeit an einem Konzept, das Prinzip der SHA auf die Arbeit mit geflüchteten Minderjährigen zu übertragen. Dabei ginge es erst einmal darum, an den möglichen Standorten (mit größeren Unterkünften mit unbegleiteten Minderjährigen oder mit Familien mit Kindern) zu gucken, was es dort bereits schon an Infrastruktur gibt. Wichtig sei die Kooperationsbereitschaft der Unterkünfte selber. Angestrebt werde ein „Ressourcenmix“, also Jugendhilfemittel und Gelder aus anderen Ressorts zusammen einzusetzen. Das könnten Quartiers- und Bundesmittel sein, SHA-Gelder oder andere Töpfe. Es gehe um eine Gesamtaufgabe, für die man die notwendigen Akteure zusammenbringen muss. Wichtig sei, ohne Ressortdenken zu handeln und den Menschen dabei auch selber eine Stimme zu geben, sie also nicht nur als hilfsbedürftige Opfer und Objekte zu sehen. Eine Aufgabe sei dabei auch, passende Angebote für junge Volljährige zu haben, die von der Jugendberufsagentur nicht erreicht würden, um ihnen hier eine tatsächliche Perspektive zu ermöglichen.

Wer sich als offene Einrichtung der OKJA in diesem Sinne engagieren möchte, sollte sich möglichst bald mit den örtlichen Unterkunftsträgern und den bezirklich Zuständigen in die Diskussion begeben. Wer seine Angebote auf vorübergehende Unterkünfte bezieht, solle sich allerdings darauf einstellen, dass er ggf. „mit den Menschen mitwandern“ müsse; hier wäre eine gewisse ortsbezogene Flexibilität und Mobilität erforderlich.

## Erleichterter Zugang zu Hilfen im SGB VIII

Aktuelle Relevanz hat das in der MOTTE diskutierte Thema auch deshalb, weil inzwischen breit, auch auf Bundesebene, über eine Anpassung des SGB VIII diskutiert wird. Als Ziel wird dabei u.a. eine sozialräumlichere und besser zugängliche Ausrichtung der Jugendhilfe genannt; die Möglichkeit einer Inanspruchnahme von „Hilfen“ ohne behördliches Antrags- und Bewilligungsverfahren soll rechtlich klarer geregelt werden. Hamburgs bereits umgesetzter und insgesamt an wichtigen Punkten auch gelungener Versuch, Träger und Einrichtungen in diesem Sinne über das (einzelfallunabhängige) Zuwendungsverfahren – und außerhalb der Hilfen zur Erziehung – in die intensive Arbeit mit einzelnen jungen Menschen und ihren Familien einzubeziehen, wurde zwar nach der Klage eines HZE-Trägers mit der Begründung, er würde durch die Sozialraumangebote vom Markt ausgeschlossen, erst einmal vom Verwaltungsgericht als unzulässig beurteilt (das Berufungsverfahren steht noch aus). In der Zeitschrift „Jugendamt“, Heft 5 /2016 kritisiert Dr. Thomas Meysen (DIJuF) an dem Urteil, es entspreche weder der Intention des (jetzigen) SGB VIII, noch sei es mit der Lebenswirklichkeit in Einklang zu bringen, „in der es die Kinder- und Jugendhilfe gerade mit dynamischen und häufig uneindeutigen Familiensituationen zu tun hat, die sich nicht trennscharf kategorisieren lassen“.

Unabhängig von der Klage und deren Ergebnis im Berufungsverfahren haben das SHA-Programm, diesbezügliche Initiativen Hamburgs und



Foto: V. Mathioudakis

Aktuelle Relevanz hat das Thema auch, weil inzwischen breit über eine Anpassung des SGB VIII diskutiert wird.

die entsprechenden Praxismodelle bereits nachhaltig zur bundesweiten Diskussion beigetragen. (4) Auch die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat sich unter der Überschrift: „Vielfalt gestalten, Rechte für alle Kinder und Jugendlichen stärken!“ inzwischen entsprechend positioniert und schreibt in ihren „Empfehlungen zum Reformprozess SGB VIII“: „Die Prinzipien des sozialräumlichen Arbeitens können nach Auffassung der AGJ zur Verbesserung der Betreuung, Förderung und Unterstützung von Adressatinnen und Adressaten führen und sollten insbesondere bei niedrigschwelligen ambulanten Hilfen in die Ausgestaltung der Hilfe einbezogen werden. Ziel ist es, durch niedrigschwellige Angebote einen erleichterten, selbstinitiierten Zugang zu Hilfen zu schaffen. Hierfür sollen Hürden im Zugang gesenkt werden. Der selbstaktivierte Zugang soll Betroffenen ermöglichen, Hilfen selbstbestimmt [also ohne den ASD oder andere behördliche Stellen] in Anspruch nehmen zu können. Die AGJ sieht im Kontext der individuellen Hilfen zur Erziehung i. V. mit § 36a Abs. 2 SGB VIII Spielraum, entsprechende Angebote zu konzipieren und unter definierten Rahmenbedingungen eine direkte Inanspruchnahme zuzulassen und diese Angebote auch einzelfallübergreifend zu finanzieren.“ (5)

### Anmerkungen:

- 1) Die programmatischen Eckpunkte der „Sozialräumlichen Hilfen und Angebote“ (SHA) oder – im korrekten Programmtitel – „Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe“ (SAJF) sind in der entsprechenden Globalrichtlinie formuliert.
- 2) Offen zugängliche Stadtteileinrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung.
- 3) Unter dem Dach des Arbeitskreis SHA-Praxis treffen sich die engagierten SHA-Akteure regelmäßig in den Räumen des Verbandes, um – auch „fallbezogen“ – Fragen der Praxis zu reflektieren und eigene Erkenntnisse und Positionen bezogen auf die Programmatik und ihre Umsetzungsbedingungen zur Diskussion zu stellen.
- 4) Vgl. taz v. 30.3.2015: Verwaltungsgericht kippt Projekt der Sozialbehörde.

- 5) Vielfalt gestalten, Rechte für alle Kinder und Jugendlichen stärken! Empfehlungen zum Reformprozess SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Berlin, 25. Februar 2016.



Manuel Essberger

Manuel Essberger ist im Beirat des FORUM und Mitarbeiter in der Gästewohnung des ASP Wegenkamp e.V.